

# Post aus Berlin

Newsletter der  
AfD Landesgruppe Bayern  
im Deutschen Bundestag



[www.afdbayern.de](http://www.afdbayern.de)

**AfD**



# Bürger Steinmeier verdreht in gefährlicher Weise die Realität

(Teil 1)

Peter Boehringer zu den unanständig-antidemokratischen Vorwürfen des Bundespräsidenten, Millionen von AfD-Wählern seien antibürgerlich.

Der Bundespräsident argumentiert kontrafaktisch und verdreht Begrifflichkeiten – mit gefährlichen Folgen für den inneren Frieden in Deutschland.

Nicht erst seit 2019 bestehen große Zweifel an der neutralen Amtsführung des Bundespräsidenten Steinmeier. Seine aktuellen, anlasslosen und wahrheitswidrigen Einlassungen zur AfD als „antibürgerlich“ lassen diese Zweifel inzwischen zur Gewissheit werden. Der deutsche Bundespräsident spricht 15% der Wähler ab, bürgerlich zu sein.

Das höchste Amt der Bundesrepublik Deutschland muss gemäß verfassungsrechtlichen Vorgaben parteipolitisch neutral ausgeübt werden. Das Bundesverfassungsgericht und sogar die vom Bundespräsidentialamt selbst verantwortete Netzseite stellen dies eindeutig klar: „Der Bundespräsident ... ist dasjenige Verfassungsorgan, das die Einheit der Bundesrepublik Deutschland verkörpert und nach innen und außen repräsentiert. ... Integrationsaufgabe und rechts- und verfassungswahrende Kontrollfunktion seines Amtes ... Das Staatsoberhaupt hält sich in aller Regel mit öffentlichen Äußerungen ... zurück. Das Bundesverfassungsgericht spricht

davon, es entspräche den verfassungsrechtlichen Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten und der gefestigten Verfassungstradition, dass der Bundespräsident eine gewisse Distanz zu Zielen und Aktivitäten von politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen wahre (Bundesverfassungsgericht, Urteil vom 10. Juni 2014 – 2 BvE 2/09, 2 BvE 2/10 ). Die vom Bundespräsidenten gewährte parteipolitische Neutralität ... geben ihm die Möglichkeit, ... die öffentliche Diskussion zu beeinflussen.“

Steinmeiers Unfug beginnt bereits bei der Etymologie des Wortes „Bürgertum“: „Burgen“ waren von Anfang an befestigte Ortschaften, die den „Bürgern“ „Schutz“ [althochdeutsch „burga“] durch Palisaden und Befestigungsanlagen boten. Wenn also Steinmeier ernsthaft behauptet „Ein ausgrenzendes Denken ist das Gegenteil von bürgerlich.“, so ist das schon peinlich-geschichtslos für einen Bundespräsidenten.

An die Stelle der kleinen örtlichen Trutzborg trat mehr und mehr der schützende Nationalstaat, der nun die Gesamtheit aller Bürger, das Volk nämlich, beschützte. „Dem deutschen Volke“ müssen sich darum gemäß Grundgesetz und Reichstagsinschrift alle Vertreter demokratischer Institutionen verpflichtet fühlen. Es ist darum absurd und sowohl rechts- als auch demokratievergessen, wenn Herr Steinmeier der GG-treuen AfD eine „Huldigung völkischen Denkens“ zum Vorwurf macht.

## Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

**Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag**  
Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ [peter.boehringer@bundestag.de](mailto:peter.boehringer@bundestag.de)

 [/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/Peter.BoehringerCom/)



**Klare Kante gegen Grüne:**

## **Jetzt machen sie auch noch unseren Wald und unsere Wildtiere kaputt!**

Politisch stand diese Woche ganz im Zeichen des Waldes und des Kampfes mit den derzeitigen Veränderungen in den Wäldern. Die Landwirtschaftsministerin lud am Mittwoch zu einem groß angelegten Nationalen Waldgipfel mit allen Vertretern aus den Ministerien, Ländern, Forstverbänden, Stiftungen, Jägern und der Holzverarbeitenden Industrie ein. Das Bundesministerium bietet 547 Millionen Soforthilfemittel für die von den Umweltveränderungen stark betroffenen Waldbesitzer.

Wir legten zum Thema Waldumbau einen Antrag mit dem Titel „Waldbesitzer unterstützen – Wald nachhaltig umbauen“ vor. Die Kleinstwaldbesitzer stehen vor einer großen Aufgabe. Sie müssen sich nun den Veränderungen stellen, müssen entscheiden, wie sie den sterbenden Wald umbauen und wie sie die finanziellen Anforderungen kurzfristig bewältigen können. Dazu benötigen die Kleinstwaldbesitzer in jedem Falle einen fachkundigen Förster, der ihnen dabei hilft, Förderanträge so zu stellen, dass die staatliche Unterstützung zügig im Wald ankommt.

In meiner Rede vor dem Bundestag kritisierte ich die ideologischen Träumereien der Grünen und schlug einige Maßnahmen für einen zukunftsfähigen Wald vor.

Ich forderte nachdrücklich einen Wald mit Wild. Das Wildtier muss geschützt werden und gehört in seiner Vielfalt und Gruppenstruktur zum Ökosystem Wald dazu. Wir brauchen eine Holzbaurenaissance. Das Bauen mit Holz muss im Länderbaurecht erheblich vereinfacht, erleichtert und beworben werden.

Wir alle wollen unseren Kindern einen gesunden, stabilen und artenreichen Wald hinterlassen, so wie ihn schon Generationen vor uns gepflanzt, gepflegt und geerntet haben.

In der letzten Woche, sprachen mir meine Kollegen erneut das Vertrauen aus, in der Fraktion als stellvertretender Fraktionsvorsitzender zu wirken. Dafür bedanke ich mich ausdrücklich, denn die mir übertragenen Aufgaben fanden eher selten im Rampenlicht und vor Fernsehkameras statt, sondern eher im Hintergrund. Dass ich trotzdem das beste Wahlergebnis aller Stellvertreter erzielte, zeigte wie groß der Zusammenhalt in der Fraktion ist. Ich werde mich also auch weitere zwei Jahre im Vorstand für die Fraktion einsetzen.

Es grüßt Euch ganz herzlich  
Euer Peter Felser

### **Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender**

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag  
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses  
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ [peter.felser@bundestag.de](mailto:peter.felser@bundestag.de)

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 [www.peterfelser.de](http://www.peterfelser.de)

# Vorsitz der Kinderkommission trotz Widerstand übernommen



**Johannes Huber, MdB**

**Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen**

## Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



[johannes.huber@bundestag.de](mailto:johannes.huber@bundestag.de)



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)

Liebe Mitstreiter,

wie vorgesehen, habe ich für die AfD den Vorsitz der Kinderkommission im Deutschen Bundestag für ein halbes Jahr übernommen. Bei der Kinderkommission handelt es sich um einen Unterausschuss des Familienausschusses, der sich mit den Belangen von Kindern und Heranwachsenden auseinandersetzt.

Als Vorsitzender habe ich das Recht, Themen zu benennen und entsprechende Experten einzuladen. So befasst sich der erste Teil meiner Amtszeit mit dem drängenden Thema der demographischen Katastrophe, während wir im Weiteren über den Schutz von Kindern vor Gewalt und Missbrauch sprechen werden.

Man könnte meinen, dass hier ein parteiübergreifender Konsens möglich sein sollte... Doch dem ist nicht so.

In der ersten Sitzung wurde mir bereits die Übergabe des Vorsitzes durch die SPD-Amtsvorgängerin verweigert, die durch Abwesenheit glänzte.

Als Experten für die erste Sitzung konnten wir Prof. Dr. Tilman Mayer (langjähriger Leiter des Instituts für Demographie) und Frau Dr. Jessica Nisen (Max-Planck Institut) gewinnen.

Beide sind parteilich nicht eingefärbt, aber ihre Fachkenntnis reichte bereits, um ein Entsetzen bei den übrigen Vertretern der älteren Parteien zu verursachen. Prof. Mayer wies darauf hin, dass man im internationalen Vergleich zu wenig täte, um Familien ab dem dritten Kind zu unterstützen und dass die klassische Familie mit mehreren Kindern kaum mehr lebbar sei. Ja, dass vor allem die jüngste Zuwanderung nicht dazu geeignet sei, langfristig wünschenswerte Effekte zu erzielen.

Bei Frau Dr. Nisen reichte zum Anstoß bereits die Tatsache, dass sie jung, klug, erfolgreich, ansehnlich und schwanger war. Sie erkannte auch keinen klar positiven Zusammenhang zwischen „Gender Equality“ und Geburtenrate. Dafür sind nach ihr aber ökonomische Aspekte sowie die Schwierigkeiten, in ideologisierten Gesellschaften einen adäquaten Partner zu finden, mögliche Einflussfaktoren für die über die letzten Jahre anhaltend niedrige Geburtenrate in Deutschland.

Über die weitere Vorsitzzeit halte ich Sie sehr gerne auf dem Laufenden,

Ihr Johannes Huber





## Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

#### Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

#### Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 [rainer.kraft@bundestag.de](mailto:rainer.kraft@bundestag.de)

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr\\_Rainer\\_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 [www.rainer-kraft-mdb.de](http://www.rainer-kraft-mdb.de)

# Wie halten wir's mit dem Nationalfeiertag?

Als Mitglied des Bundestages bin ich auch Mitglied in drei Parlamentariergruppen, unter anderem auch in der deutsch-mexikanischen. Somit hatte ich auch Gelegenheit an einer Delegationsreise dieser Gruppe nach Mexiko teilzunehmen und den 3. Oktober, unseren neuen Nationalfeiertag, in Mexiko zu verbringen und an den Feierlichkeiten in der Deutschen Botschaft teilzunehmen. Gleichzeitig war ich nur etwa zwanzig Tage vorher in die mexikanische Botschaft in Berlin geladen um den Tag der mexikanischen Unabhängigkeit zu begehen. Die Unterschiede sind markant.

Gemeinsam ist, dass zunächst die Hymne des Gastgeberlandes gespielt wird. Dazu kann auch gesungen werden, in der mexikanischen Botschaft in Berlin tat dies aber so gut wie niemand. Ganz anders in der deutschen Botschaft in Mexiko City. Hier wurde von den Mexikanern lautstark mitgesungen. Ähnlich verhielt es sich dann bei der eigenen Hymne. In Mexico City wurde zaghaft mitgesungen, der Mädchenchor der deutschen Schule leistete die Hauptarbeit, während die mexikanische Hymne in Berlin mit der Atmosphäre eines ganzen lateinamerikanischen Fußballstadions daher kam. Zu allem Überfluß wurde in der deutschen Botschaft auch noch die so-

genannte Europahymne zwischen die beiden Nationalhymnen eingeschoben – immerhin ohne Gesang.

Für die Deutsche Botschaft war der Nationalbezug damit auch schon erledigt, es gab dann Reden und eine Gartenparty mit, immerhin, deutschem Bier. In Berlin hingegen, ging es in der Botschaft erst richtig los, mit der ‚Ehrung der Fahne‘ durch den Botschafter und alle Anwesenden, die den ‚Schrei von Dolores‘ (Grito de Dolores) nachexerzierten – auch dieses in Fußballstadionatmosphäre.

In Summe ist der Mangel an gelebter Identität an einem Nationalfeiertag für Deutschland schon etwas erbärmlich. Es mag daran liegen, dass es erst unser 29. Feiertag war, für Mexiko immerhin schon der 209. Und auch, dass ein trockener Verwaltungsakt – die Unterschrift unter den Einigungsvertrag – unserem Feiertag zu Grunde liegt lässt sicher wenig Begeisterung entstehen.

Am Ende mag es aber auch einfach der patriotische Bezug zur eigenen Nation sein. Während der Schriftzug am Bundestag ‚Dem Deutschen Volke‘ nur noch über dem Touristeneingang prangt, steht direkt im mexikanischen Plenum: „La Patria es Primero“ – Das Vaterland zuerst!



## Gerold Otten, MdB

Wahlkreis 221: München Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Ordentliches Mitglied:

- Verteidigungsausschuss
- Gemeinsamer Ausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses

Stellvertretendes Mitglied:

- Haushaltsausschuss

 [/gerold.otten/](https://www.instagram.com/gerold.otten/)

 [@gerold\\_otten](https://twitter.com/gerold_otten)

 [/gerold.otten.3](https://www.facebook.com/gerold.otten.3)

Web: [www.geroldotten.de](http://www.geroldotten.de)

## Bundeswehreinsätze in Mali

»Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt«, sagte Peter Struck 2002 zur Legitimation des Afghanistaneinsatzes. Gemäß Tagesschau vom 7. Oktober heißt es heute, die Stabilität Malis entscheide »über die Sicherheitslage in Europa und damit über die Sicherheitslage in Deutschland«. Die Intention ist gleich. Vergleichbar ist auch der bisherige Erfolg der beiden Missionen EUTM Mali und MINUSMA, an denen sich Deutschland mit maximal 350 bzw. 1.100 Soldaten beteiligt: Die Sicherheitslage hat sich stetig verschlechtert. Ich konnte mir in Mali einen Überblick über die Situation und die Aufgaben unserer Soldaten verschaffen. Der Eindruck, den ich in Vorbereitung meiner Rede zur Mission EUTM Mali am 9. Mai gewonnen habe, hat sich bestätigt. Man lobt die Soldaten für ihren Einsatz, kann den Sinn des Einsatzes aber nur mit abstrakten Floskeln wie »Deutschlands Verantwortung

in der Welt« erklären. Es gibt folglich kein klares Ziel und keine Methode, dieses Ziel zu erreichen. Man will einfach nur »dabei sein«, wenn die »Armee der Europäer« am Entstehen sei. Eine Erfolgskontrolle gibt es nicht. Dafür arbeitet man aber mit autoritären Regimen in einem politischen Umfeld zusammen, das nicht zuletzt durch die Ausschaltung des Gaddafi-Regimes im Zuge des medial umjubelten »Arabischen Frühlings« destabilisiert worden ist, wodurch dem Islamismus das Tor geöffnet wurde.

Wer Deutschland grenzenlose Verantwortung aufbürdet, der handelt grenzenlos verantwortungslos. Werden auch künftig keine erreichbaren Ziele vorgegeben, muss der Einsatz beendet werden. Wir wollen keine Afghanistanisierung Malis! Das Leben deutscher Soldaten ist uns zu wertvoll, um es auf dem Altar französischer Interessen zu opfern.



# Behördenverhalten gegenüber AfD Anfragen

## Tobias Peterka, MdB stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
  - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
  - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
  - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka

Dass Behörden und Verwaltungen bis hin zur Bundesregierung nach außen hin meist abwehrend gegenüber Anfragen seitens der AfD sind, steht fest. Notwendigste Auskünfte werden erteilt, alles darüber hinaus wird zerredet oder abgeblockt. Manchmal erlangt man aber auch einen Blick hinter die Kulissen. Bei folgendem Beispiel zeigt sich, dass der Fisch eben vom Kopf her stinkt.

Bereits letztes Jahr stellte ich eine Anfrage an die Bundesregierung, ob man weiter an der bekannten Bezeichnung „Hetzjagden“ rund um die Ereignisse in Chemnitz festhalte. Daraufhin gab es eine oberflächliche Antwort, man „diskutiere keine Wortwahl-Details“. Kürzlich sickerte jedoch über Preserecherchen durch, dass nachgelagerte Behörden, hier das Bundeskriminalamt (BKA), durchaus eine andere Antwort konkret vorgeschlagen hatten. Die Anfragen durchlaufen wohlgermerkt alle beteiligten Stellen, nicht nur 1-2 „Schreibtische“. Das BKA formulierte nach einer Telefonkonferenz eine Empfehlung an das Innenministerium, dass meine Frage so zu beantworten sei, dass ermittlungstechnisch definitiv keine Hetzjagden vorgelegen haben. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (Maaßen) stimmte dem

ohnehin zu. Was dann die Regierung daraus gemacht hat, war quasi das Gegenteil. Man setzte sich über Fakten aus den eigenen Behörden nachweislich hinweg.

Ein Negativbeispiel gleich aller Beteiligten kommt aus dem Wahlkreis Bayreuth. Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung verfolge ich auch lokale Hochschulpolitik. Der Präsident der Universität Bayreuth rief seine Mitarbeiter laut einer durchgesteckten Email dazu auf, zur EU-Wahl „Europa zu retten“ und zwar sinngemäß vor bösen Kräften wie der AfD oder Salvini. Politisches Treueverhalten á la DDR. Weiter lud er selbst im Namen des linkslastigen StuPas zu einer Sitzung mit „Ausrufung des Klimanotstandes an der Uni“ ein. Eine Überprüfung durch die zuständigen Landesministerien führte bei beiden Fällen zu einem Freibrief per Standardschreiben. Prof. Leible könne auch durchaus etwas politisch agieren. Dass an der Uni Bayreuth weiterhin das Abschlussfoto von Alice Weidel mit Geschlechtsteilen verunstaltet ist, ist da nur noch ein Detail.

# Neuer Haushalt: Mangelwirtschaft bei der Infrastruktur

Als Verkehrsteilnehmer und Nutzer der digitalen Netze erleben die Bürger täglich, ob die deutsche Infrastruktur funktioniert oder nicht, und ob sie in Freiheit leben oder vom Staat gegängelt werden. Die Zukunftsfähigkeit Deutschlands entscheidet sich auch daran, ob die nötige Infrastruktur bereitsteht und ihre Nutzung für alle bezahlbar bleibt. Und die Zeiten, in denen Deutschland Vorzeigeland in Sachen Infrastruktur war, sind längst vorbei!

Der Haushaltsentwurf der Bundesregierung für 2020 beweist erneut: es wird am Bedarf vorbeigeplant! Eigentlich müsste viel mehr Geld in die Zukunft investiert werden, statt es in Verbrauch und Umverteilung zu stecken. Und da, wo investiert wird, werden die Prioritäten falsch gesetzt!

Der Fernstraßenbau wird ausgehungert. Weniger als die Hälfte des Geldes geht in Autobahnen und Bundesstraßen. Für knapp 80% des Personenverkehrs in Deutschland benutzen die Bürger aber das Auto, und im Güterverkehr werden 74% über den LKW abgewickelt. Niemals kann bis in jedes Dorf ein Gleis verlegt werden. Die Straße ist und bleibt das Rückgrat des deutschen Verkehrsnetzes. Das ideologische Gerede von einer „Verkehrswende“ wird daran nichts ändern, sondern die Engpässe der Zukunft verursachen!

Unsere arbeitsteilige Wirtschaft und die wirtschaftliche Stärke dieses Landes hängen im großen Umfang vom funktionierenden Güterverkehr auf der Straße ab. Und genau das zerstört die etablierte Politik mit dieser absehbar nicht funktionierenden Politik!

Fernab jeder Ideologie verdient der Verkehrsträger Bahn aber auch, dass er intelligent gefördert wird. Die Bahn hat ihre großen Stärken dort, wo sie Verkehre bündeln kann – bei hohen Fahrgastzahlen, großen Gütermengen, auf langen Strecken – und wenn es darum geht, hohe Geschwindigkeiten sicher zu beherrschen. Es ist daher richtig, auch in die Bahn mehr Geld zu investieren. Stärken wir also die Stärken der Bahn! Wir fordern dazu im Bundestag:

- Leistungsfähige S-Bahn- und Regionalverkehre.
- Verbindungen mit hoher Geschwindigkeit zwischen den Metropolen.
- Anschluss möglichst aller großen Flughäfen an den Fernverkehr. Das gilt, nach Jahrzehnten des Stillstands, auch für München!
- Stärkung des Kombinierten Güterverkehrs. Viel mehr Transit-Lkw müssen auf die Schiene statt auf die Autobahn!

**Wolfgang Wiehle, MdB**

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ [wolfgang.wiehle@bundestag.de](mailto:wolfgang.wiehle@bundestag.de)

f /W.wiehle

www [www.wolfgang-wiehle.de](http://www.wolfgang-wiehle.de)



**Gefällt Ihnen unser  
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:  
**[landesgruppe@afdbayern.de](mailto:landesgruppe@afdbayern.de)**



**Politik für Deutschland  
AfD Bayern im Bundestag**